

Aufwind für die „Linken und Netten“

Bei der Parlamentswahl in der Schweiz können die Grünen auf deutliche Gewinne hoffen / Von Johannes Ritter

ZÜRICH, 17. Oktober
Die Schweizerische Volkspartei (SVP) ist berüchtigt für ihre provokante Bildsprache. Ob es um Volksinitiativen gegen den Bau von Minaretten, die Abschiebung krimineller Ausländer oder Wahlkämpfe geht – mit ihren aggressiven Plakaten hat die rechtskonservative Partei schon oft für große Aufwallungen gesorgt. So auch vor der Parlamentswahl an diesem Sonntag: Im August veröffentlichten die Rechtspopulisten ein Wahlplakat, das einen roten Apfel mit Schweizerkreuz zeigt, der lauter faule Stellen hat, aus denen Würmer herauskriechen. Diese sollen die politischen Gegner und die EU symbolisieren. Daneben steht: „Sollen Linke und Nette die Schweiz zerstören? Lieber SVP wählen.“

Eigentlich eine merkwürdige Parole – sind die meisten Schweizer doch freundliche, also nette Zeitgenossen. Doch nicht darüber wurde diskutiert. Der Grund für vernichtende Reaktionen war, dass das geschmacklose Motiv an die Propaganda der Nationalsozialisten erinnert: In deren Hetzblatt „Der Stürmer“ erschien 1931 eine ähnliche Zeichnung, in der als Würmer dargestellte Juden aus einem Apfel kriechen. Selbst aus der SVP hagelte es Kritik. Dennoch freuten sich die Parteioberen über die Debatte, die sie angezettelt hatten. Der Sturm der Entrüstung dauerte freilich nur einige Tage – was auf seine Weise zeigt, dass die Rechten nun einen viel schwereren Stand haben als bei der Wahl vor vier Jahren.

Unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise sammelte die SVP damals 29,4 Prozent der Stimmen ein und erreichte das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Doch der Strom der Asylbewerber ist zu einem Rinnsal geworden, und auch die normale Zuwanderung ist stark geschrumpft. Voriges Jahr wanderten aus der EU netto gut 31 000 Personen in die Schweiz ein. Das ist weniger als halb so viel wie im Rekordjahr 2013, auf das kurz danach der Abstimmungserfolg der SVP in ihrer Initiative „gegen Masseneinwanderung“ folgte. Seither hat die Partei keine Initiative mehr gewonnen, obwohl sie für ihre Kampagnen mutmaßlich deutlich mehr Mittel zur Verfügung hat als ihre Gegner. Der 79 Jahre alte Milliardär Christoph Blocher,

der die SVP von einer Nischenpartei für Bauern zur mit Abstand stärksten Kraft aufgebaut hat, hat zwar keine Ämter mehr inne. Im Hintergrund zieht er als Taktgeber und Finanzier aber weiter die Strippen. Mit welchen Summen Blocher die Partei finanziert, ist öffentlich nicht bekannt. Die Schweiz gehört zu den wenigen Demokratien, in denen die Parteien ihre Spendenzuflüsse nicht offenlegen müssen. Aber auch mit viel Geld ist nicht dagegen anzukommen, dass die Klimadebatte viele Schweizer inzwischen mehr bewegt als das Lieblingsthema der SVP, die Migration. Und da die Regierung in Bern überdies den Rahmenvertrag mit der EU auf Eis gelegt hat, hilft der SVP auch ihr zweites Lieblingsthema, die Abgrenzung von Europa, im Wahlkampf nicht.

Laut jüngsten Umfragen dürfte die SVP Wähleranteile verlieren. Ihre Position als stärkste Partei wird sie aber sicher behaupten, denn der Abstand zu der zweitstärksten Partei, den Sozialdemokraten (SP), ist groß: Diese brachten es vor vier Jahren auf knapp 19 Prozent. Darüber werden sie dieses Mal wohl auch nicht hinauskommen. Die großen Gewinner werden voraussichtlich Grüne und

Grünliberale sein. Laut Umfragen könnten die beiden Parteien insgesamt sechs Prozentpunkte zulegen und zusammen auf 18 Prozent kommen. Damit würden sie die FDP überholen, die auf 15 Prozent abzurutschen droht. Die Grünen hoffen angesichts der Klimaproteste, an denen sich auch in der Schweiz vor allem junge Menschen beteiligten, dass deutlich mehr junge Wähler als sonst abstimmen und ihnen einen Schub verleihen. Doch ob diese Rechnung aufgeht, ist offen. „Viele junge Demonstranten haben mit der konventionellen Politik nichts am Hut, sie setzen vor allem auf die Kraft der Straße“, sagt Marc Bühlmann, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern.

Deshalb scheuen die Grünen auch vor öffentlichen Planspielen zurück, in denen sie schon mit einem Fuß in der Regierung stehen. Die Regierung in Bern (Bundesrat genannt) wird traditionell nach der sogenannten Zauberformel gebildet. Demnach besetzen die drei stärksten Parteien (derzeit SVP, SP und FDP) jeweils zwei Bundesratssitze; der viertgrößten Partei, der christlich-demokratischen CVP, steht ein Bundesrat zu. Gewählt werden die Bundesräte auf Vorschlag ihrer Parteien

von der Vereinigten Bundesversammlung, also den Mitgliedern der großen und kleinen Kammer des Parlaments (Nationalrat und Ständerat). Die nächste Wahl (für vier Jahre) findet voraussichtlich Anfang Dezember statt. Wenn ein amtierender Bundesrat nach der Parlamentswahl weitermachen will, wird er üblicherweise wiedergewählt.

Sollten Grüne und Grünliberale (GLP) gemeinsam tatsächlich die FDP überflügeln, könnten sie versuchen, den Liberalen einen der beiden Sitze abzuluchsen und erstmals in die Schweizer Regierung einzuziehen. Einfach würde das jedoch nicht. Zwar dürften SVP und FDP ihre knappe Mehrheit im Nationalrat verlieren. Aber an dem nur 46 Mitglieder umfassenden Ständerat, in dem die Kantone ihre Interessen vertreten, wird die grüne Welle wohl weitgehend vorbeiziehen. Die grünen Parteien müssten also die Abgeordneten der CVP auf ihre Seite ziehen. Das ginge nur mit einem Kandidaten, der nicht allzu weit links steht. Und hier beginnt das nächste Problem.

Denn Grüne und Grünliberale sind sich in den umweltpolitischen Zielen zwar weitgehend einig, nicht aber über den Weg dorthin. Daher gehen sie seit 2004 getrennte Wege. Die Grünen verfolgen eine linke Politik, die auf staatliche Eingriffe und Umverteilung setzt, während die GLP den ökologischen Umbau mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen will. Deshalb könnte es schwierig werden, sich auf eine gemeinsame Bundesratskandidatur zu einigen. Doch allein hat keine der grünen Parteien genug Stimmen, um der FDP innerhalb der geltenden Zauberformel gefährlich zu werden. Selbst wenn es den Ökoparteien gelingt, einen der Ihren in den Bundesrat zu lotsen, dürften die Auswirkungen auf die Schweizer Politik überschaubar bleiben.

Der Einfluss der Regierung auf die Geschicke des Landes ist vergleichsweise schwach. Die wichtigen Entscheidungen fällt in der Schweiz das Parlament, wobei das Volk über die Instrumente der direkten Demokratie das letzte Wort hat. Und das Schweizer Volk neigt nicht zu radikalen Beschlüssen, schon gar nicht, wenn diese ans individuelle Portemonnaie gehen könnten.



Zieht nicht mehr so gut: Ein Plakat der Schweizer Volkspartei

Foto Reuters